

Osterspaziergang

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden, belebenden Blick. Im Tale grünet Hoffnungsglück. Der alte Winter in seiner Schwäche zog sich in rauhe Berge zurück. Von dorthier sendet er, fliehend, nur ohnmächtige Schauer körnigen Eises in Streifen über die grünende Flur. Aber die Sonne duldet kein Weisses. Überall regt sich Bildung und Streben, alles will sie mit Farbe beleben. Doch an Blumen fehlt's im Revier. Sie nimmt geputzte Menschen dafür.

Kehre dich um, von diesen Höhen nach der Stadt zurückzusehen! Aus dem hohlen, finstern Tor dringt ein buntes Gewimmel hervor. Jeder sonnt sich heute so gern. Sie feiern die Auferstehung des Herrn, denn sie sind selber auferstanden. Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern, aus Handwerks- und Gewerbesbanden, aus dem Druck von Giebeln und Dächern, aus der Strassen quetschender Enge, aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht sind sie alle ans Licht gebracht.



Sieh nur, sieh, wie behend sich die Menge durch die Gärten und Felder zerschlägt, wie der Fluss in Breit und Länge so manchen lustigen Nachen bewegt, und, bis zum Sinken überladen, entfernt sich dieser letzte Kahn. Selbst von des Berges ferner Pfaden blinken uns farbige Kleider an. Ich höre schon des Dorfs Getümmel. Hier ist des Volkes wahrer Himmel. Zufrieden jauchzet gross und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein!

- Johann Wolfgang von Goethe 1749-1832, deutscher Dichter -



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein schönes Osterfest. Frühlingshafte Temperaturen, Sonnenschein und viele schöne Stunden im Kreise der Lieben möge der Osterhase für Sie im Gepäck haben. Liebe Freundinnen und Freunde, im September 2016 finden auch im Landkreis Helmstedt Kommunalwahlen statt. Der Kreistag, aber auch die Räte in den Städten und Gemeinden werden neu gewählt. Am Mittwoch, dem 16. März 2016, hat der Kreistag endlich nach langem Hin und Her den Termin für die so wichtige Landratswahl festgelegt. Sie wird jetzt zeitgleich mit den allgemeinen Kommunalwahlen am 11. September 2016 stattfinden. Die Christlich Demokratische Union im Kreisverband Helmstedt ist darauf gut vorbereitet. Bereits im vergangenen Jahr haben wir Herrn Gerhard Radeck zu unserem Landratskandidaten gewählt. In dieser Ausgabe des Newsletters haben wir seine Antrittsrede anlässlich seiner Nominierung zu Ihrer Kenntnis abgedruckt.

Am Mittwoch, dem 16. März 2016, hat unsere CDU unter Leitung des Geburtstagskindes, der Bürgermeisterin aus Lehre, Kerstin Jäger einen Kreisparteitag durchgeführt. Mit großer Beteiligung und nach angeregter Diskussion wurde unser Kreiswahlprogramm für 2016 bis 2021 beschlossen. Ich darf an dieser Stelle nochmals allen Persönlichkeiten danken, die in so hervorragender Weise an dessen Erarbeitung mitgewirkt haben. Wir werden das Wahlprogramm in allen CDU-Verbänden verteilen; Sie können es aber auch nach Ostern in unserer CDU-Geschäftsstelle in Helmstedt bei Andreas Weber oder Elke Marquardt anfordern.

Die Ehrung treuer CDU-Mitglieder, aber auch eine politische Lagebeschreibung waren weitere Tagesordnungspunkte des Kreisparteitages. Auch darüber wollen wir Sie in dieser Ausgabe informieren. Sollten Sie die große und die kleine Politik im Kreise von Freunden und Nachbarn diskutieren, würde ich mich sehr freuen, wenn Sie diese Informationen weitertragen würden.

Für heute verbleibe ich, mit herzlichen Grüßen
Ihre



Bericht der Vorsitzenden zum Kreisparteitag am 16.03.2016

Anrede,

ich danke Lars Alt, dem Kreisvorsitzendem der FDP in Helmstedt, für sein Grußwort. Ich bin davon überzeugt, gemeinsam werden wir für eine gute Zukunft der Menschen in unserem Landkreis alle Kräfte mobilisieren und einen politischen Neuanfang schaffen.

Liebe Freunde, die Landtagswahlen am vergangenen Sonntag wurden auch im Grußwort von Lars Alt bereits angesprochen. Und ja, wer will bestreiten, dass die Flüchtlingspolitik, die Angst vor Islamisierung, die Angst vor steigender Kriminalität die Menschen in unserem Lande umtreibt. Ich habe großes Verständnis für deren Sorgen und Fragen.

Es ist ebenfalls nicht zu bestreiten, dass Herr Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden Württemberg, mit Bestnote im „Ländle“ wiedergewählt wurde. Nicht die allgemeine Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, sondern seine persönlichen Attribute - wertkonservativ, besonnen und beharrlich - haben ihm zum Wahlsieg verholfen, einem Ministerpräsidenten, der die Flüchtlingspolitik unserer Bundeskanzlerin uneingeschränkt nicht nur mit Worten, sondern auch handfest im Bundesrat unterstützt, einem Ministerpräsidenten der, ich zitiere, „jeden Tag dafür betet, dass Angela Merkel gesund bleibt“.

Das hoffe ich auch, liebe Freunde. Denn wir sollten uns einmal vergewissern, was wir in den Jahren der CDU-geführten Bundesregierung alles geschafft haben. In einer der letzten Ausgaben des Magazins „Stern“ erklärte deren Chefredakteur Herr Görges: **„Es gibt wohl kein Land auf dieser Erde, das so viel geschafft hat, während es darüber klagte, dass es etwas nicht schafft!“**

Nur fünf Beispiele liebe Parteifreunde:

1. Deutschland ist aus der bedrohlichen, internationalen Weltwirtschaftskrise gestärkt hervorgegangen.
2. Deutschland freut sich über eine seit 10 Jahren kontinuierlich ansteigende Rekordbeschäftigung. Mit 43 Mio. Erwerbstätigen ist es die höchste seit der Wiedervereinigung. Arbeit haben oder nicht, ist nicht nur eine finanzielle Frage, Arbeit haben bedeutet persönliche Unabhängigkeit und ist auch persönliche Wertschätzung.
3. Stärkung der Familien: Auch in 2016 wird das Kindergeld wieder angehoben. 190 Euro gibt es jeweils für die ersten beiden Kinder und 221 Euro pro Monat für jedes weitere Kind, d.h. bei drei Kindern 500 Euro pro Monat!
4. Pflege: Durch die Pflegereform können 500.000 Personen zusätzlich von den Leistungen der Pflegeversicherung profitieren.
5. Solider Haushalt für unsere Kinder und Enkel. Der Bund macht zum dritten Mal in Folge Null Euro neue Schulden. Das Triple ist also nicht nur im Fußball möglich, wird dort aber mehr gefeiert.

Liebe Leute, wir können stolz sein auf das, was wir alle miteinander und unsere CDU-geführte Bundesregierung mit Angela Merkel an der Spitze geschafft haben. Von anderen werden wir für diese Leistungen beneidet. Wer, wenn nicht wir, müssen diese Leistungen im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern weitertragen?

Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden kann. Ausgehend von einer beachtlichen Lebensqualität in unserem Land gibt es weiteren Handlungsbedarf und neue Herausforderungen. Eine der größten ist die Bewältigung des Flüchtlingsstroms nach Europa und Deutschland. Auf die Ängste und berechtigten Sorgen der Menschen habe ich hingewiesen.



Es stimmt, die Frage, wie wir mit der Zuwanderung ins Paradies Deutschland langfristig umgehen, ist nicht beantwortet und wird uns und unsere Mitbürger noch lange Zeit umtreiben. Dabei ist jede/r gefragt, sich in den gesellschaftlichen Meinungsprozess mit seiner Haltung und Auffassung einzubringen.

Aber, liebe Freunde, wir sind, davon bin ich zutiefst überzeugt, auf dem richtigen Weg, wenn es um die Lösung der aktuellen Flüchtlingsproblematik geht. Und die heißt, spürbare Reduzierung der Flüchtlingszahlen durch geeignete Maßnahmen im internationalen und im nationalen Rahmen und im Anschluss eine vernünftige Integration der hinzukommenden Menschen.

Auf Ihren Plätzen liegt eine Information der CDU Bundestagsfraktion. Darin sind die Maßnahmen beschrieben, die vom Bund auf **internationaler, europäischer und nationaler Ebene zur Bewältigung der Flüchtlingskrise** bereits auf den Weg gebracht wurden. Ich will jetzt darauf nicht im Einzelnen eingehen, stehe Ihnen für Nachfragen aber jederzeit zur Verfügung. Nur so viel:

Das Zusammenspiel vieler einzelner Bausteine zeigt Wirkung:

Im November 2015 sind rund 206.000 Flüchtlinge zu uns gekommen, im Dezember 2015 waren es 127.000, im Januar waren es noch rund 92.000, in den ersten zwei Februarwochen noch rund 2.100 pro Tag und seit Mitte Februar sind es nur noch wenige Hundert pro Tag (FAZ.Net 01.03.2016). Und in der Braunschweiger Zeitung von heute war zu lesen, dass zum Beispiel die Stadt Wolfsburg wegen der sinkenden Flüchtlingszahlen den Bau neuer Flüchtlingsheime kippt.

Eine dauerhafte und sinnvolle Steuerung des Flüchtlingsstroms wird jedoch am ehesten mit Hilfe der Türkei möglich. Ich halte die Zusammenarbeit mit der Türkei für richtig und notwendig. Sie kann zu einer einheitlichen europäischen Vorgehensweise im Umgang mit Asylsuchenden führen. Sie führt zu einer Beibehaltung der für uns alle, aber insbesondere für unsere Wirtschaft so wichtigen Binnenfreiheit innerhalb Europas. Die Einigung mit der Türkei wird dabei nicht zwangsläufig zu deren EU-Mitgliedschaft führen, sondern zu der von der Union immer unterstützten privilegierten Partnerschaft. Die finanzielle Unterstützung der Türkei erscheint mir auch gerechtfertigt im Vergleich zu den in unserem eigenen Land ansonsten anfallenden Kosten. Und diejenigen, die auf die Verletzung von Pressefreiheit und anderen Freiheitsrechten in der Türkei verweisen, sollten so ehrlich sein und bei einer Ablehnung der Verhandlungen mit der Türkei auch gleich unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China und Russland beenden.

Anrede,

wir können nicht die Armut der ganzen Welt beseitigen, aber es ist unsere christliche Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, so gut wie möglich zu helfen.

Und das gilt auch für den Landkreis Helmstedt. Es hängt von dem einzelnen Menschen ab, wie gut Herausforderungen bewältigt werden. In unserem Landkreis haben sich viele Bürgerinnen und Bürger mit großem Engagement bereit erklärt zu helfen. Auch das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehr, der ASB, die Diakonie, die AWO und weitere haben einen unermüdlichen Einsatz gezeigt; sie stehen auch heute hilfeleistend bereit. Ihnen allen sagen wir aus vollem Herzen Danke.

Das Ehrenamt kann aber auf Dauer nur leistungswillig und leistungsstark bleiben, wenn

1. nicht alle Lasten auf den Schultern der Freiwilligen abgewälzt werden und
2. vor allem diejenigen ihre Arbeit gut erledigen, deren hauptamtliche Aufgabe das Flüchtlingsmanagement ist und die dafür von uns auch bezahlt werden (das gilt übrigens für alle Bereiche!).

Deshalb habe ich mit großem Entsetzen die Berichterstattung über das Flüchtlingsmanagement des Landkreises Helmstedt in Person des Ersten Kreisrates **Schlichting** gelesen, der offenbar **schlicht** überfordert war. Herr Kreisbrandmeister Olaf Kapke erklärte im vergangenen Jahr, die Flüchtlingsunterbringung in Esbeck sei nur wegen der vertrauensvollen Zusammenarbeit der ehrenamtlichen Hilfsorganisationen erfolgreich verlaufen. Erhebliche Kritik wurde an der Arbeit des Landkreises geäußert, der die Hilfsorganisationen mit der Aufgabenbewältigung zunächst allein gelassen hatte. Wenn der Kreisbrandmeister sagt, keine kreisfreie Stadt und kein Landkreis in Niedersachsen sei so schlecht auf die Flüchtlingskrise vorbereitet gewesen wie der Landkreis Helmstedt, so spricht das Bände. Und er hat Recht. So wurde der für derartige Situationen unter Leitung des Landkreises vorgesehene Krisenstab erst vier Tage nach Alarmierung und Beauftragung der Hilfsorganisationen zur Errichtung einer Notunterkunft installiert. Dessen Leitung wurde auch erst nach nicht zu überhörenden Unmutsäußerungen von Herrn Ersten Kreisrat Schlichting an den Kreisverwaltungsdirektor Herrn Wolfgang Herzog übertragen. Sehr geehrte Damen und Herren, eine krisenhafte Situation - und der hauptamtliche Vertreter des zuständigen Landkreises vergisst die Einrichtung eines Krisenstabs, informiert noch nicht einmal den örtlichen Bürgermeister und findet zudem keine Akzeptanz bei den Hilfsorganisationen? Dafür kann es nur die rote Karte und einen Platzverweis geben. Gerade in stürmischen Zeiten kommt es darauf an,

einen kühlen Kopf zu bewahren. Der erste Mann an Bord hat sich entschlossen und überlegt seiner Verantwortung zu stellen. Diese Entschlossenheit stelle ich allerdings bei den Genossen nur fest, wenn es um die Verzögerung der Landratswahl für den Landkreis Helmstedt geht.

Zur Erinnerung: Die Wahl des hauptamtlichen Landrates wurde nach dem eiligen Wechsel von Herrn Wunderling-Weilbier in die Landesverwaltung 2014 bis zum 01. Januar 2016 ausgesetzt. Auf wiederholte Nachfragen der CDU-Kreistagsfraktion im Frühjahr und im Sommer 2015 an die Landkreisverwaltung, wann denn nun die Wahl des hauptamtlichen Landrates stattfinden solle, gab es keine klaren Antworten, geschweige denn Termine.

Noch im Februar wurde in der Landkreisverwaltung geäußert, von einer Landratswahl sei nichts bekannt. Schließlich stellte die CDU-Fraktion den Antrag, die Wahl des Landrates auf die Tagesordnung des Kreistages am 16. März 2016 zu stellen. Daraufhin wurde ihr mitgeteilt, es sei alles bereits in Vorbereitung. So stand es dann später auch in der Braunschweiger Zeitung. Liebe Freundinnen und Freunde der CDU, die Verschleppung der Terminierung der Landratswahl könnte zweierlei Gründe haben.

1. Es fehlt die Kenntnis der notwendigen gesetzlichen und politischen Vorbereitungsschritte für diese so wichtige Wahl. Das wäre eine weitere Bestätigung für das Versagen der hauptamtlichen und politischen rot-grünen Führung im Landkreis Helmstedt.
2. Die Terminfestlegung wurde bewusst verzögert, um den politischen Mitbewerbern so viele Steine wie möglich für eine erfolgreiche Kandidatenaufstellung in den Weg zu legen.
3. In jedem Fall führt diese Vorgehensweise dazu, dass die Bevölkerung im Landkreis Helmstedt ihres Rechts auf eine zeitgerechte demokratische Wahl ihres Landrates beraubt wurde. Kopflosigkeit ist das Resultat!

Ich überlasse es Ihnen, zu entscheiden, welcher der Varianten Sie zuneigen. Vielleicht fallen Ihnen ja noch andere mögliche Gründe ein, wer weiß....?

In der heutigen Kreistagssitzung wurde nunmehr der 11. September 2016 als Termin für die Landratswahl festgelegt. Wir haben uns als CDU von Anfang an nicht von der rot-grünen Mehrheit im Landkreis Helmstedt täuschen lassen und sind nicht gezwungen, ab heute innerhalb weniger Monate einen aussichtsreichen Bewerber zu suchen. Wir haben vielmehr in einem guten wertschätzenden Verfahren unter Einbeziehung unserer Mitglieder einen herausragenden Bewerber, Herrn Gerhard Radeck, zum Kandidaten für dieses Amt gewählt. Bei uns wird nicht getrickst und getäuscht. Wir haben das auch nicht nötig, denn wir setzen auf Qualität und die Überzeugungskraft unseres Kandidaten. Lieber Gerd, **heute ist der Termin für deine Wahl zum Landrat** im Kreistag festgelegt worden. Wir alle stehen geschlossen hinter dir und freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf.

Liebe Parteimitglieder,
viele von uns haben in den letzten Monaten besonders fleißig gearbeitet im Kreistag, in den Räten und auch in unserer Partei der CDU und deren Vereinigungen. Wir haben Informationsveranstaltungen zur Flüchtlingspolitik durchgeführt und ein Wahlprogramm erarbeitet. Wir bereiten uns intensiv inhaltlich und personell für die Kommunalwahl im September 2016 vor und wir haben im vergangenen November den 70sten Geburtstag der Christlich Demokratische Union gefeiert. Wir haben dabei die Geschichte unseres Landes und die auftretenden Herausforderungen beleuchtet.

Es waren große Persönlichkeiten der CDU, die immer neue Herausforderungen bewältigt haben. Konrad Adenauer, die Westanbindung Deutschlands und seine Vision von einem geeinten Europa, Ludwig Ehrhard und die soziale Marktwirtschaft, Helmut Kohl und Wiedervereinigung Deutschlands. Wir sind keine Schönwetterpartei, wir sind verlässliche Problemlöser und wir sind Zukunftsoptimisten. Wir sind eine große Volkspartei. Auch Angela Merkel hält in wahrlich bewegten Zeiten einen klaren Kurs. In einer großen Volkspartei, liebe Freunde, muss nicht jeder mit allem einverstanden sein. Auch unsere Bundeskanzlerin macht sicherlich nicht alles richtig. Aber nur der, der von uns ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein.

Deshalb - lassen Sie es uns ausnahmsweise mit Wilfried Kretschmann halten und im Interesse unseres Landes gemeinsam dafür beten, dass unsere Kanzlerin gesund bleibt!

Antrittsrede vom 25.11.2015 unseres Landratskandidaten Gerhard Radeck

Anrede,
vielen Dank für Ihre Einladung und die Gelegenheit mich bei Ihnen vorstellen zu dürfen. Sie werden sich bestimmt gefragt haben, warum bewirbt sich der Polizeichef von Stadt und Landkreis Helmstedt für die Wahl zum Landrat?

Lassen Sie mich etwas aus meinem Lebenslauf berichten, den sie nachher noch in schriftlicher Form erhalten werden. Ich bin ein Kind des Landkreises Helmstedt, aufgewachsen in Glentorf, habe dort gebaut, geheiratet und einen Sohn bekommen. Schon früh als junger Mann habe ich mich für die drei beruflichen ‚P‘ interessiert. Polizei, Pastor und Politiker, alles wollte ich werden. Polizei und Politiker fand ich interessant. Pastor wollte ich werden, weil ich aus einer religiösen Familie stamme und als junger Mann in der evangelischen Jugendarbeit engagiert war.



Nach der Schule haben meine Eltern zu mir gesagt, bevor du zur Polizei oder in die Politik gehst, lerne erst einmal einen vernünftigen Beruf. So war seinerzeit das Verhältnis zu diesen Berufen. Also habe ich Industriekaufmann gelernt und hier auch meine kaufmännischen Fähigkeiten erworben. Danach bin ich aber doch zur Polizei gegangen und hier genauer gesagt zur Kriminalpolizei.

Neben meiner beruflichen Karriere war ich zusätzlich viel in ehrenamtlichen Tätigkeiten unterwegs, so auch als Protokollführer im Ortsrat Glentorf.

Als mich vor mittlerweile längerer Zeit Frau Heister-Neumann ansprach, ob ich mir vorstellen könnte, mich als Landratskandidat aufstellen zu lassen, habe ich zunächst einmal tief durchgeatmet. Das kann ich Ihnen sagen. Mir war jedoch sofort klar, dass diese Nachfrage sehr ernst gemeint war. Nach intensiver Rücksprache mit meiner Ehefrau, mit der ich übrigens erst seit 3 Monaten verheiratet bin, habe ich zugesagt. Nicht nur das, die Anfrage hat meinen Ehrgeiz geweckt, so dass ich mich seitdem mit dieser Vorstellung sehr stark beschäftige.

Nach dem ersten „P“ wie Polizei würde ich mich über das zweite „P“ wie Politiker sehr freuen. Manche würden sagen, ich möchte Landrat werden, bei mir ist es so, dass ich es nun auch werden will. Ich werde alles in meiner Macht stehende dazu unternehmen.

Wie Sie vielleicht wissen, ist man als Polizeibeamter gehalten, sich in politischen Dingen in der Öffentlichkeit neutral und zurückhaltend zu zeigen. Daran habe ich mich aus beruflichen Dingen gehalten und mich bisher keiner Partei angeschlossen. Seit vielen Jahren stehe ich der CDU jedoch sehr nahe, insbesondere seit dem ich hier in Helmstedt wohne und viele liebe Menschen kennengelernt habe, von denen der Großteil in der CDU aktiv ist. Neben einer politischen Neigung ist auch immer die menschliche Komponente für mich von hoher Bedeutung und die habe ich hier bei vielen von Ihnen gefunden.

2011 sind meine Frau und ich nach Helmstedt gezogen. Sie arbeitete in Haldensleben und ich seinerzeit noch in Braunschweig. Wir haben einen gemeinsamen Wohnsitz gesucht, da sie aus Sachsen und ich aus Glentorf komme. Nach intensiver Abwägung aller Möglichkeiten haben wir uns für Helmstedt entschieden. Hier haben wir für uns alles gefunden. Einkaufsmöglichkeiten, Sportangebote, Kultur, schöne Innenstadt mit Fußgängerzone, gute Verkehrsanbindung und eine hervorragende Wohnqualität. Außerdem konnte ich dadurch im Landkreis wohnen bleiben, weil ich mich hier wohl und heimisch fühle. Mittlerweile haben wir uns ein Haus gekauft und wollen dauerhaft im Landkreis bleiben.

Es hat uns immer wieder verwundert, wie viele Helmstedter aus dem Landkreis und der Stadt schlecht über ihr zu Hause und ihre Heimat reden. Wir haben sehr oft dagegen gehalten und die Vorteile aufgezählt. Die meisten konnten wir überzeugen.

Aufgrund meiner Kandidatur bin ich mit meiner Frau in letzter Zeit des öfteren bewusst durch den Landkreis gefahren, insbesondere durch den Südkreis. Als Glentorfer kenne ich mich naturgemäß besser im nördlichen Bereich aus. Der Heeseberg und Schöningen können viele Vorteile anbieten. Dort haben wir eine herrliche Landschaft und das Leuchtturmprojekt Paläon. Natürlich weiß auch ich, dass die Wirtschaftskraft im Südkreis begrenzt ist und hier unbedingt etwas getan werden muss. Es liegt aber nicht immer nur am Wollen sondern

auch an den Möglichkeiten. Nur eins weiß ich auch: **Geht nicht gibt's nicht.** Es gibt immer einen Weg. Die Stärken müssen, übrigens genau wie im restlichen Landkreis Helmstedt, in der Wohnqualität liegen. Junge Menschen und Familien nehmen in Kauf zu pendeln. Das bringt unsere heutige Mobilitätswelt so mit sich. Ich musste auch mein Leben lang mit dem Auto zur Arbeit und zum Einkaufen fahren. Das ist im Nordkreis nicht anders als im Südkreis, nur die Entfernungen sind etwas weiter.

Zum VW-Werk nach Wolfsburg fährt aber auch eine Vielzahl von Arbeitskräften aus dem Harzvorland an und das ist noch weiter. Durch Wohnqualität, gute Nahverkehrsverbindungen, Freizeitangebote, Kindergärten, Schulen und ein schnelles Internet lassen sich auch junge Menschen vom Wohnen im Südkreis überzeugen. Möglicherweise bedarf es dazu Veränderungen in den kommunalen Aufbaustrukturen, um insbesondere den finanziellen Spielraum wieder größer gestalten zu können. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Anders sieht es im nördlichen Bereich unseres Landkreises aus. Um Velpke und Lehre mache ich mir weniger Sorgen. Sie befinden sich geografisch im Speckgürtel von Wolfsburg und Braunschweig. Ihre Entwicklungen sind schon heute positiv. In diesen Kommunen ist Wohnraum stark gefragt und kann bei cleverer politischer Führung zur Expansion führen. Dieses hätte auch für den Landkreis nur Vorteile. Ansiedlungen von Unternehmen werden damit einhergehen, wenn auch nicht in dem Umfang, wie es manche möchten. Aber dort ist ja auch schon einiges. Arbeitsplätze finden sich reichlich in Wolfsburg und Braunschweig.

Königsutter und Helmstedt sind auf einem guten Weg, auch wenn dieser finanziell noch lang und dornig sein dürfte. Aber es ist Licht am Horizont zu verzeichnen. Unser Bürgermeister in Helmstedt kann Bevölkerungszuwachs verzeichnen und hat die Verschuldung nachhaltig gebremst, auch wenn jetzt durch die besonderen Umstände der Flüchtlingssituation zusätzliche Kosten auf die Stadt zukommen. Aufgrund der sehr guten geografischen Lagen zwischen Elm und Lappwald mit Kaiserdom und Juleum, Autobahn 2 und Bundesstraße 1, Zugverbindung Hannover-Berlin, können und müssen sie sich als Wohnstädte entwickeln. Insgesamt sehe ich den Landkreis nicht so düster, wie viele immer prophezeien.

Aber warum habe ich Ihnen das alles vorgetragen? Alles Gründe, die Sie kennen und schon so oft gehört haben. Ich habe Ihnen diese Umstände alle aufgezählt, weil ich Ihnen aufzeigen möchte, wo ich die Möglichkeiten des Kreistages, der Kreisverwaltung und des Landrates in dieser Situation sehe. Der Landkreis ist die Klammer für unsere Heimat. Mit ihm fühlen wir uns verbunden, auch wenn einige lieber sofort in den Schoß von Wolfsburg oder Braunschweig hüpfen würden.

Bei meinem Antritt als Polizeichef habe ich mich auch beim damaligen Landrat vorgestellt. Er hat von der Fusion geschwärmt und mich ein Stück weit auch in seinen Bann gezogen. Doch was ist passiert: Der Landrat ist von Bord gegangen, die Fusion mit Wolfsburg wurde von Braunschweig blockiert, die Landesregierung traut sich nicht und eiert rum und nun kommt zu allem Überflus auch noch die VW-Krise.

Wäre Wolfsburg jetzt immer noch uneingeschränkt bereit, uns zu unterstützen? Oder nehmen wir jetzt Wolfsburg auf, wie seinerzeit VW Porsche und nicht umgekehrt. Wir könnten uns jetzt trefflich über Fusionen mit den großen Zweigen unterhalten. Ich glaube, da kann ich Ihnen nichts Neues berichten, was Sie nicht schon wüssten.

Der Landkreis Helmstedt ist immer noch so stark, dass wir auch andere Wege finden können. Der Regionsgedanke Braunschweig wird immer wieder ins Spiel gebracht, ja sogar gefordert. Was bedeutet das für uns? Die Region schluckt uns, eher nicht. In einer Region müssen die Interessen aller berücksichtigt werden. Das heißt nicht, dass wir alle unsere Wünsche durchsetzen können. Jeder muss kompromissbereit sein. Es ist immer ein Nehmen und Geben. In einer Region haben wir die Chance, unsere Identität und ein hohes Maß an Selbstverwaltung zu behalten. Bei einer Fusion ist das zumindest problematischer. Hier gilt es, die Möglichkeiten auszuloten und für die Menschen in unserem Landkreis das Beste zu erstreiten. Übrigens, es gibt Landkreise, denen geht es noch schlechter.

Das Land hat uns gegenüber auch eine Fürsorgepflicht, daran sollten wir es auch immer erinnern. Denken wir an den öffentlichen Nahverkehr. Das Land hat die Region Hannover finanziell erheblich mehr unterstützt als unseren Großraum. Von 1996 bis 2014 hat Hannover 1,2 Milliarden Euro mehr bekommen als wir. Die Verkehrsverbindung aus dem Landkreis Helmstedt nach Wolfsburg führt über die Autobahn oder über die Landstraßen. Fahrzeiten, je nach Abfahrtsort bis zu 1 Stunde. Dazu kommen die Verkehrsprobleme um Wolfsburg, Baustellen, Staus usw.

Die Busverbindung von Helmstedt nach Wolfsburg ist umständlich und dauert ebenfalls 1 Stunde, falls nicht noch zusätzlich Verkehrsbehinderungen dazu kommen. Die Zugverbindung nach Wolfsburg führt immer über den Hauptbahnhof Braunschweig mit Umsteigen und Wartezeiten.

Im Verkehrswegeplan soll die sogenannte Weddeler Schleife ausgebaut werden. Ich habe mir dieses geografisch angeschaut. Mit einer kurzen Kehre zwischen Schandelah und Weddel könnte man die Bahnverbindung von Helmstedt auf die Weddeler Schleife legen und so eine Direktverbindung nach Wolfsburg schaffen. Es wäre keine Brücke oder ähnlich kostenintensives Bauvorhaben erforderlich. Geschätzte Fahrzeit ca. 30 Minuten bei je einem Halt in Helmstedt und Königslutter. Viele Pendler könnten von dort aus ihren Arbeitsplatz mit dem Zug erreichen und könnten damit alle lästigen Wartezeiten vermeiden. Hier wäre dringend eine Machbarkeitsstudie zu veranlassen bzw. einzufordern.

Vom Nahverkehr zum Wohnungsbau. Angesichts der demografischen Bevölkerungsentwicklung in den letzten 10 Jahren bekommt diese Frage eine hohe Bedeutung. Der Landkreis hat in dieser Zeit ca. 10.000 Einwohner verloren. Was dabei besonders bedenklich ist, dass überwiegend die jüngeren Menschen weggezogen sind. Dadurch ist der prozentuale Anteil der älteren Bevölkerung gestiegen. Polizeilich gesehen hat der Wegzug der Bevölkerung übrigens nicht den Rückgang von Straftaten zur Folge gehabt.

In der Podiumsdiskussion der CDU zum Thema Flüchtlinge wurde über den freistehenden Wohnraum im Landkreis diskutiert. 2.000 Wohneinheiten, insbesondere im Südkreis, sind frei. Was bedeutet dieser Leerstand? Wir haben ältere Bevölkerung, die stark an einem betreuten Wohnen interessiert ist, so z.B. am neuen Projekt Edelhöfe. Für diese Bevölkerungsgruppe müssen wir uns nachhaltig einsetzen. Dadurch werden jedoch noch mehr Wohneinheiten frei. Wir müssen davon ausgehen, dass wir eine noch nicht absehbare Anzahl von Flüchtlingen, die möglicherweise für lange Zeit oder auch für immer im Landkreis verbleiben, bekommen werden.

Es wäre allerdings zu einfach, alle Flüchtlinge in diesem Wohnraum unterzubringen. Zu einer Integration gehört mehr als nur Unterbringung. Hierzu gehört Sprachförderung, Aufnahme in die Gesellschaft und Integration in den Arbeitsmarkt. Insbesondere syrische Kriegsflüchtlinge verfügen über gute Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüsse. Syrien war ein entwickeltes Land mit Schulpflicht bis der Bürgerkrieg kam. Warum nicht dieses Potenzial nutzen?

In unsere Gesellschaft integrierte Flüchtlinge sollen Geld verdienen, Steuern zahlen und in die Rentenkassen einzahlen. Ohne Zuwanderung werden wir nachhaltig Probleme für unseren Wohlstand bekommen. Flüchtlinge, die herkommen, um lediglich ihre allgemeinen Lebensumstände zu verbessern, fallen nicht unter das Asylrecht unseres Grundgesetzes. Sie müssen umgehend in ihr Heimatland zurückkehren, freiwillig oder mit staatlichem Druck.

Seit Oktober 2014 vertrete ich die Polizei Niedersachsen in einem Bund-Länder-Projekt in Düsseldorf zum Thema Zuwanderung. Bereits Anfang 2015 haben wir eine Völkerwanderung vorhergesagt und auf die damit verbundenen Risiken, vorrangig aus polizeilicher Sicht, hingewiesen. Es war klar, dass der Zustrom in irgendeiner Weise kanalisiert werden musste. Außerdem haben wir eine unverzügliche Registrierung mit erkennungsdienstlicher Behandlung gefordert, damit die Menschen eindeutig identifiziert werden können, um damit jeglichem Missbrauch vorbeugen zu können. Davon sind wir momentan weit entfernt, weil man die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt hat. Mit dem angedachten Flüchtlingsausweis gehen wir jetzt den richtigen Weg. In unserem Landkreis haben wir bisher keinen Anstieg von Straftaten durch Flüchtlinge zu verzeichnen, das ist mir wichtig, es hier noch einmal zu sagen.

Wichtig ist mir auch, dass wir uns nicht nur um die Flüchtlinge kümmern müssen, sondern auch um die einheimische Bevölkerung. Sie dürfen dadurch keine Nachteile erleiden. Das wird schwierig. Außerdem müssen wir unsere Bevölkerung viel intensiver auf die Integration vorbereiten, denn ohne unsere Mitmenschen werden wir diesen Prozess nicht positiv gestalten können. Eine verzögerte Informationspolitik des Landkreises wie in Esbeck geschehen, wirkt dabei mehr als kontraproduktiv. Es ist sehr misslich, wenn sich zwei Spitzenbeamte nicht grün sind. Deutschland wird sich durch die Flüchtlinge verändern und Veränderung ist immer mit Risiko verbunden. In jeder Veränderung liegt auch eine Chance, so auch für unseren Landkreis. Wir sollten sie nutzen.

Wie sieht es mit der Industrie in unserem Landkreis aus? BKB weg, Buschhaus bald weg. Wie sieht es mit dem Strukturwandel aus? Zu lange haben wir auf diesen Industriezweig gebaut. In einem Zeitungsinterview hat der IHK-Präsident ausgeführt, dass unsere Region und damit auch Helmstedt ökonomisch stark ist und zudem den größten Forschungsstandort in Deutschland darstellen würde. Zitat: „Wir müssen heute die richtigen

Entscheidungen treffen für die wichtigen Standortfaktoren von morgen.“ Forschung muss nicht nur am Standort der produzierenden Industrie betrieben werden. Die Digitalisierung ist in aller Munde. Hier entwickelt sich ein riesiger Bedarf, weil Zukunftstechnik Forschung bedeutet. Warum soll sich im Landkreis keine Forschung in Kooperation mit dem Standort Braunschweig ansiedeln lassen? Forschung braucht kluge Köpfe. Für hochqualifizierte Ingenieure kommt es auf die Lebensqualität an, dazu gehört ein gut bezahlter Arbeitsplatz, Wohnqualität und Sicherheit.

Nehmen wir in Helmstedt die Ansiedlung eines Outlet-Centers oder eines Elektronikmarktes. Bisher sind diese Vorhaben immer wieder an den Interessen der großen Städte gescheitert. Wo bleibt hier die Solidarität? Entscheidungen werden oft im Hintergrund getroffen. Hierzu bedarf es eines starken Landrates, der auf Augenhöhe mit den entscheidungsbefugten Verantwortungsträgern verhandeln kann.

Bei allen Bemühungen um Industrie usw. sollten wir unsere einheimische Landwirtschaft nicht vergessen. Wir haben insbesondere im Südkreis sehr gute fruchtbare Böden mit hohen Erträgen. Wir sollten auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrarwirtschaft und der Attraktivität des ländlichen Raums setzen. Ein Weg wäre, Agrarprodukte aus der heimischen Region direkt zu vermarkten. Warum nicht auch verstärkt auf landwirtschaftliche Forschung setzen? Die Firma Strube macht es uns vor.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Ideen gibt es viele, nur der Wunsch alleine versetzt noch keine Berge. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken. Ich bin immer optimistisch eingestellt. Die Leitlinie muss heißen, es geht immer weiter, also lasst es uns positiv gestalten. Was kann ein Landrat machen? Was würde ich machen?

Meine Stärken liegen in meiner über 20-jährigen Führungstätigkeit in der Polizei in Dienststellen mit bis zu 500 Beschäftigten. In vielen Einsätzen war mein umsichtiges und schnelles Handeln erforderlich. Ich verfüge über ein hohes Erfahrungswissen und weiß wie Organisationen ticken. Als ausgebildeter Prozessbegleiter habe ich Veränderungsprozesse selbst initiiert, geleitet und immer wieder angepasst. Der höchste Anspruch an eine Führungskraft ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen.

Einsame Entscheidungsprozesse sind vielleicht für den Einzelnen toll, aber meist viel schlechter als gemeinsam erarbeitete Lösungen. Die wertvollste Ressource ist die Kreativität und die Innovation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich möchte mit Ihnen dieses Potential abrufen. Das gilt nicht nur für die Kreisverwaltung, sondern auch für den Kreistag. Der Kreistag ist das oberste Organ und hat Priorität.

Öffentlich tagende Sitzungen und Beratungen, insbesondere der Fachausschüsse, schaffen Transparenz politischen und verwaltungsmäßigen Handelns. Nur so kann die breite Kompetenz und das Erfahrungswissen umfassend umgesetzt werden. Verhandeln hinter verschlossenen Türen und in geheimen Zirkeln schaffen eben keine Transparenz und damit auch keine Akzeptanz. Es gilt, alle Kräfte aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu bündeln.

Der Landrat ist direkt vom Volk gewählt und hat damit eine sehr hohe unmittelbare demokratische Legitimation mit einem Leitungsauftrag. Die hohe Kunst ist der Kompromiss. Der Landrat steht in erster Linie für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein. Er hat im Kreistag gemeinsam mit den Abgeordneten für vernünftige und sachlich ausgewogene Entscheidungen zu sorgen. Möglichst sollten alle Abgeordneten sich in jeder Entscheidung wiederfinden können, zumindest diese aber mittragen können. Hier sehe ich eine wesentliche Aufgabe des Landrates. Gemeinsam sind wir stark im Interesse des Landkreises.

Dieses unterscheidet sich nicht wesentlich von meiner jetzigen Tätigkeit. Die Inhalte sind anders, nicht aber die Verfahrensweisen. Der Landrat vertritt den Landkreis in der Außenwahrnehmung. Was war bisher? Ein von der Mehrheit des Kreistages eingesetzter und damit abhängiger Erster Kreisrat hat den Landkreis eher blass vertreten. Diesen Zustand wollte weder der Verfassungsgeber, noch will es das Volk.

Ein Stück weit bin ich im Landkreis bekannt. Durch meinen Beruf und durch meine vielfältigen Tätigkeiten im Ehrenamt. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen, lassen Sie mich Ihr Gesicht und Kämpfer für den Landkreis sein. Ich stehe Ihnen mit meiner ganzen Kraft zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Flüchtlingskrise bewältigen Die Koalition handelt - Die Liste der Maßnahmen

Die Flüchtlingsbewegung ist die größte Herausforderung für unser Land in den vergangenen Jahrzehnten. Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen für Menschen, die wirklich in Not sind. Zugleich muss die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, begrenzt werden.

In Zusammenwirken mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten eine Fülle von Maßnahmen beschlossen und auf den Weg gebracht. Im Januar 2016 ist bereits ein deutlicher Rückgang der in den Erstaufnahmeeinrichtungen registrierten Flüchtlinge festzustellen. Klar ist aber auch: Die Zahlen müssen weiter sinken. Folgende Maßnahmen wurden bereits auf den Weg gebracht.

Auf nationaler Ebene

Asylpaket I

- In Erstaufnahmeeinrichtungen haben Sachleistungen Vorrang vor Geldleistungen.
- Flüchtlinge aus sicheren Herkunftstaaten müssen in ihren Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben.
- Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt.

Verbesserung der Verfahrensabläufe

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) arbeitet effektiver: Rund 2.000 Entscheidungen am Tag werden jetzt getroffen – gegenüber 600 Anfang 2015.
- Der Flüchtlingsausweis ermöglicht künftig die zentrale Erfassung von Flüchtlingsdaten.
- Seit Dezember 2015 werden alle Flüchtlinge grenznah registriert und erkennungsdienstlich behandelt.

Sichere Herkunftstaaten

- Die Verfahren für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftstaaten werden beschleunigt.

- Bei diesen Flüchtlingen geht man davon aus, dass ihr Asylbegehren unbegründet ist.
- Die Folge: Nach entsprechender Einstufung ist ein deutlicher Rückgang der Flüchtlingszahlen aus dem Westbalkan zu verzeichnen.
- Eine Erweiterung der Länderliste um Marokko, Algerien und Tunesien hat die Koalition bereits beschlossen.

Asylpaket II

- Der Familiennachzug wird eingeschränkt. Der zu erwartende Zugang einer großen Gruppe weiterer Flüchtlinge wird somit gestoppt.
- Registrierzentren zur weiteren Beschleunigung der Verfahren werden aufgebaut.
- Die Hindernisse für Abschiebungen aus gesundheitlichen Gründen werden eingeschränkt.

Verschärfung des Ausländerrechts

- Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge können jetzt schon nach einer Verurteilung zu einem Jahr Freiheitsstrafe ihren Schutzstatus verlieren. Das gilt selbst dann, wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist.
- Die Hürden für Abschiebungen werden gesenkt.

Auf europäischer Ebene

Schutz der EU-Außengrenzen

- Die Grenzschutzagentur Frontex wird zu einer europäischen Grenz- und Küstenpolizei ausgebaut.
- Die NATO schickt einen Marineverband unter deutscher Führung in die Ägäis, um bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu helfen.

Registrierung an EU-Außengrenzen

- Erste Registrierungsstellen in Italien und Griechenland haben ihre Arbeit aufgenommen.

- Die Voraussetzung für eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen in Europa wurde damit geschaffen.

Absprachen mit der Türkei

- Ankara verpflichtet sich zum Kampf gegen die Schleuserkriminalität.
- Die Türkei sichert die Unterbringung von Flüchtlingen zu und verspricht, diesen Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme zu verschaffen.

Auf internationaler Ebene

Friedenslösung für Syrien

- Es sind weitere intensive Gespräche nötig, um Fortschritte zu erzielen. Die internationale Gemeinschaft darf sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen.

Internationale Geberkonferenz

- Die Weltgemeinschaft zahlt mehr als neun Milliarden Euro, um syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen in der Krisenregion zu helfen. Alleine Deutschland steuert 2,3 Milliarden Euro bei.

Zurückdrängen des IS-Terrors

- Die internationale Allianz bemüht sich, den IS-Terror zu besiegen. Die Bundeswehr beteiligt sich daran.



EU-Türkei-Gipfel: Europäische Lösung steht! Information zum Europäischen Rat mit der Türkei am 18.03.2016

Drei Monate nach unserem Parteitag in Karlsruhe haben wir unser Ziel erreicht: Eine gemeinsame europäische Lösung steht! Die 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben ein umfassendes Maßnahmenpaket mit der Türkei vereinbart. Damit soll das tödliche Geschäft der Schlepper effektiv bekämpft und dadurch die Flüchtlingszahlen nachhaltig reduziert werden. Die vereinbarten Maßnahmen sind ein fairer Interessensausgleich zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Das Maßnahmenpaket umfasst folgende Punkte:

1. **Illegal aus der Türkei nach Griechenland kommende Flüchtlinge werden in die Türkei zurückgeschickt.** Zuvor wird jeder Flüchtling registriert und sein Asylantrag geprüft. Damit ist sichergestellt, dass europäisches und internationales Recht eingehalten werden. Die Türkei hat zugesagt, dass die zurückgenommenen Flüchtlinge gemäß internationaler Vereinbarungen geschützt und nicht in gefährliche Regionen abgeschoben werden. Diese Regelung gilt ab Sonntag, dem 20. März 2016. Die ersten Rückführungen in die Türkei sollen Anfang April erfolgen.
2. **Im Gegenzug nimmt die Europäische Union für jeden illegal ankommenden syrischen Bürgerkriegsflüchtling, der in die Türkei zurückgeschickt wurde, einen syrischen Bürgerkriegsflüchtling auf.** Damit ist ganz klar: Illegale Migration lohnt nicht. Wer versucht, illegal nach Griechenland zu kommen, der verliert sein Geld an Schleuser, riskiert sein Leben bei der Überfahrt, wird in die Türkei zurückgeschickt und verspielt auch noch die Chance, als Teil des legalen Kontingents für syrische Flüchtlinge nach Europa zu kommen. Das ist ein ganz entscheidender Schritt, um die illegale Migration und vor allem die Schleuser-Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Diese Zusage gilt aber nicht unbeschränkt, sie ist auf 72 000 Menschen begrenzt. Mit Ausnahme von Ungarn und der Slowakei gibt es eine große Bereitschaft aller anderen 26 EU-Mitgliedstaaten, sich an der Aufnahme der Flüchtlinge zu beteiligen. Damit wird die Europäische Union auch ihrer humanitären Verantwortung gerecht.
3. **Die Türkei erhält bis 2018 sechs Milliarden Euro, um die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern.** Wichtig ist, dass das Geld ausschließlich für diesen Zweck genutzt werden kann – für Bildung und Schulen, für Ernährung und Infrastruktur. Die Kosten übernehmen die Europäische Kommission und alle 28 Mitgliedstaaten. Finanzielle Hilfe für die Türkei ist sinnvoll und berechtigt: Insgesamt haben 2,7 Millionen Syrer in der

Türkei Zuflucht gefunden – bei einer eigenen Bevölkerung von etwa 70 Millionen. Die Türkei hat mehr Syrien-Flüchtlinge als jedes andere Land aufgenommen.

4. **Ende Juni 2016 tritt die Visa-Freiheit in Kraft, sofern die Türkei bis dahin insgesamt alle 72 Voraussetzungen erfüllt, wie z. B. fälschungssichere Pässe.** ("Roadmap towards a visa-free regime with Turkey" http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/docs/20131216-roadmap_towards_the_visa-free_regime_with_turkey_en.pdf). Die Visa-Freiheit ist für die CDU nicht leicht. Allerdings wird darüber mit der Türkei bereits seit Ende 2013 verhandelt. Bereits am 5. November 2015 hatten sich die Parteivorsitzenden Horst Seehofer, Sigmar Gabriel und Angela Merkel auf eine Beschleunigung der Verhandlungen über die Visa-Freiheit mit der Türkei geeinigt (https://www.cdu.de/system/tmf/media/dokumente/151105-beschluss-parteivorsitzende-koalition.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=3287). Auch der EU-Gipfel am 29. November 2015 hatte bereits beschlossen, die Visa-Freiheit spätestens zum Oktober 2016 zu ermöglichen. Und: Die Visa-Freiheit gilt bereits für alle anderen Beitritts-Kandidaten zur Europäischen Union (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien). Wichtig dabei: Visa-Freiheit bedeutet keine Niederlassungsfreiheit.
5. **Alle Mitgliedstaaten haben zugestimmt, ein weiteres Kapitel (Kapitel 33 „Finanz- und Haushaltsbestimmungen“) bei den Verhandlungen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei zu eröffnen.** Diese Verhandlungen werden seit dem Jahr 2005 ergebnisoffen geführt. Dabei gilt weiterhin, die Beitrittsfrage stellt sich derzeit nicht und wird sich auch in absehbarer Zeit nicht stellen. Deshalb wurde auf dem Gipfel auch nicht über einen EU-Beitritt der Türkei verhandelt. **Das Ziel der CDU ist, mit der Türkei als strategischem Partner möglichst eng zusammenzuarbeiten – unterhalb der Ebene der Vollmitgliedschaft in der EU.** Dabei wird die CDU auch weiterhin im Dialog mit der Türkei für grundlegende Werte wie z.B. die Pressefreiheit eintreten.

Die gemeinsame europäische Lösung beim EU-Türkei-Gipfel ist ein wichtiger Schritt, um die Flüchtlingszahlen nachhaltig zu reduzieren. Klar ist aber auch, die weltweiten Fluchtbewegungen bleiben für Deutschland und Europa eine große Herausforderung. Deshalb arbeitet die CDU-geführte Bundesregierung weiterhin auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dafür, die Verfahren zu ordnen und zu steuern, die EU-Außengrenzen besser zu schützen und Fluchtursachen zu bekämpfen.

(CDU-Bundesgeschäftsstelle, Stand: 19. März 2016)

Veranstaltungen im CDU Kreisverband Helmstedt im Überblick:



Klausurtagung des CDU Kreisvorstandes - „Gute Ergebnisse - Gute Stimmung“ – Zum Jahresauftakt beschäftigten sich zwei Tage lang die Kreisvorstandsmitglieder mit den Ergebnissen der neun Café HEys aus 2015 und entwickelten aus den Karteikarten-Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger ein kreisweites Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 11.09.2016.



Hütten-Gaudi - Einen zünftigen Jahresauftakt mit Lederhosen, Dirndeln, den Bayern-Stürmern und jeder Menge gute Laune feierte der CDU Stadtverband Helmstedt mit einer Hütten-Gaudi im Schützenhaus Helmstedt.



Live-Chat - Mehrere CDU-Politiker aus dem Kreis Helmstedt standen den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner zur aktuellen Flüchtlingspolitik in einem Live-Chat per Telefon und per E-Mail einen ganzen Freitagnachmittag und -abend zur Verfügung. Die Bürgermeister und Verwaltungsleiter der Städte und Gemeinden im Landkreis Helmstedt hatten zuvor die aktuellsten Daten zur Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge schnell und zuverlässig bereitgestellt.



Heringessen in Velpke - Bereits zum 19. Mal veranstaltete die CDU Velpke das beliebte Heringessen, bei dem deftige Reden auch nicht fehlen durften. Passend dazu kritisierte der Gastredner Frank Oesterhelweg den erfolglosen rot-grünen Vorschlag zu einer Fusion der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel als „reine Schnapsidee“.



Frauen Union Mitgliederversammlung - Die Frauen Union des CDU Stadtverbandes Helmstedt wählte in ihrer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand und bestätigte Charitha Rosinski als Vorsitzende.



Junge Union Mitgliederversammlung - Auf ihrer Mitgliederversammlung wählten die Mitglieder der Jungen Union Ronald Matar erneut zum Kreisvorsitzenden und beschlossen einen Leitantrag zur aktuellen Bildungspolitik in Niedersachsen.